Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 53.

Nachtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 53.

№ 269. Sonnabend, 17. November 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Sonntag an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Panzerkreuzer wird gebaut.

Der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues abgelehnt.

vbz. Berlin, 16. November, nachm. 2 Uhr.

Im Reichstag wurde heute der

Streit um den Panzerkreuzer

dadurch abgeschlossen, daß der gegen den Weiterbau des Schiffes gerichtete sozialdemokratische Antrag mit 235 gegen 205 Stimmen bei acht Stimmenthaltungen abgelehnt wurde.

Abg. Lemmer (Dem.):

Wir Demokraten werden dem sozialdemokratischen Antrag die Zustimmung versagen. Ich gehöre in meiner Fraktion zu denjenigen, die schwer mit sich gerungen haben, ehe sie zu diesem Entschluß kamen. Die politische Entwicklung dieser Frage muß klargestellt werden. Der vorige Reichstag hat gegen unsere Opposition den Bau des Panzerkreuzers beschlossen. Dafür trägt die Mehrheit des vorigen Reichstags die politische Verantwortung. Am 10. August hat aber das gegenwärtige Reichskabinett einmütig die Inangriffnahme des Baues beschlossen, ohne daß der Reichsfinanzminister von seinem Veto-Recht Gebrauch gemacht hätte. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich diesen Kabinettsbeschluß mißbillige, weil ich der Meinung bin, daß das gegenwärtige Reichskabinett nicht unter allen Umständen an den früheren Reichstagsbeschluß gebunden war. Wenn nun von einer in der Regierung sitzenden Partei ein Antrag kommt, der sich praktisch gegen den Regierungsbeschluß vom 10. August richtet, so kann das eine nicht unbeträchtliche Verwirrung über das Wesen des parlamentarischen Systems anrichten. Dieses viel angegriffene System ist gesund, es mangelt nur an den Menschen, weil sie in der kurzen Zeit des deutschen Parlamentarismus noch nicht in dieses System hineingewachsen sind. Die junge Generation wendet sich nicht gegen den Parlamentarismus, sondern gegen den Zickzack-Kurs unseres politischen Lebens (Lachen und Klatschen b. d. Soz.). Dieses Lachen ist billig, es handelt sich jetzt nicht mehr um eine frühere parlamentarische Abstimmung, sondern um den Beschluß der jetzigen Regierung vom 10. August. Wir müssen uns aber auch gegen die Ausführungen des deutschnationalen Redners wenden. Die heutige Reichswehr ist das Ergebnis des politischen Willens der deutschen Linken. Wir haben niemals uns gegen die deutsche Wehrfähigkeit gewandt. Die Wehrkraft wird aber von der Rechten viel zu sehr unter einseitig militärischen Gesichtspunkten betrachtet. Unser Land und speziell unsere Ostmark wird verteidigt nicht allein durch militärische Machtmittel, sondern dadurch, daß ein gesundes Volk in sozialem Fortschritt, wirtschaftlicher Kraft und kultureller Lebendigkeit seine besten Kräfte entwickeln kann. Die Ablehnung des Panzerkreuzers hat mit der Not der Waldenburger Kinder nichts zu tun. Wie wir diese Not und den allgemeinen Notstand lindern können, das hängt davon ab, ob die deutsche Linke in der Regierung die Stärke findet, den sozialen und kulturellen Fortschritt durchzusetzen (Beifall b. d. Dem.).

Abg. Dr. Wirth (Ztr.)

erinnert an die Berliner Tagung der Interparlamentarischen Union, die sich mit der Krisis des parlamentarischen Systems befaßt habe. Der gestrige Tag sei für ihn in dieser Hinsicht ein Tag bitterster Erfahrung gewesen. Mit noch größerem Recht könne man jetzt von der Krise des Parlamentarismus auch in Deutschland sprechen. Der Redner gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß auch der Abg. Treviranus gestern durch die Anerkennung der nationalpolitischen Bedeutung des ersten Reichspräsidenten die Möglichkeit für eine klare und aufrichtige Aussprache über diese Probleme gegeben habe. Die gestrige Fraktionssitzung des Zentrums, so fährt der Redner fort, war eine der denkwürdigsten der letzten Jahre. Es wurde die klare Frage an mich gerichtet, ob ich bereit sei, heute namens der Fraktion zu sprechen, um an die Regierungsbank und die hinter der Regierung stehenden Parteien die Frage zu richten, wie es in Zukunft mit dem parlamentarischen System und der Herausarbeitung einer klaren Verantwortung werden solle. Wir deutschen Republikaner haben die Freiheit, Ehre und Würde der deutschen Nation gewahrt in der Zeit des politischen Chaos. Wir haben diesen Staat durch das parlamentarische System gefestigt. Wir wollen aber die Herausarbeitung einer klaren Verantwortung in diesem System. Darum hat es gefehlt, als unter dem Rechtskabinett wir Republikaner die Außenpolitik Stresemanns verteidigen mußten gegen die Angriffe seiner Partei- und Koalitionsgenossen. Jetzt sehen wir, daß ein Riß auch durch die heutige Regierung geht.

Die Frage „Panzerkreuzer oder nicht" ist zu einer schiefen Parole geworden. Selbst wenn der sozialdemokratische Antrag angenommen würde, was nicht geschehen wird, wäre erst die Zustimmung des Reichsrates erforderlich, weil es sich um eine Aenderung des Haushalts handeln würde. Die Zentrumspartei muß Klarheit verlangen. Sie wäre in der Lage, die politische Krise herbeizuführen, aber wir wollen das nicht (Rufe b. d. Soz.! Wir wollen es jetzt noch nicht!). Nein, wir wollen die Krise auch in nächster Zeit nicht, in diesem Reichstag überhaupt nicht. Warum wollen wir sie nicht, — weil wir viel zu tief mit dieser Republik verbunden sind und das demokratisch-parlamentarische System nicht durch immer neue Krisen erschüttern wollen. Das Deutsche Volk ist der ewigen Krisen müde. Darum sage ich auch: Mit der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags heute muß das Problem des Panzerkreuzers von der politischen Plattform verschwinden. Ist diese Vereinigung nicht möglich, dann ist die Krise eine schleichende geworden. Dann wäre es allerdings im Interesse der politischen Klarheit besser, die Krise schon heute zum Ausbruch kommen zu lassen und von unserm Volk eine Spannung zu nehmen, hinter der nichts weiter steht als eine vergiftete Debatte, die auch die Republikaner immer weiter auseinanderbringt. Wir sind bei aller Friedensliebe Anhänger des Wehrgedankens und wollen gerade als soziale Republikaner auch in wohltemperierter Weise das Wehrproblem behandeln. Eine ins hochpolitische gehende Frage, die das Wehrproblem umfaßt, wollen wir aber nicht zusammenbinden mit der Auseinandersetzung über die in unserem Vaterlande tatsächlich bestehende tiefgehende soziale Not. Die Frage des Panzerkreuzers hängt nicht zusammen mit diesem sozialen Problem, an dessen Lösung wir mit allem Ernst arbeiten wollen. Die Frage des Panzerkreuzers muß aus der politischen Auseinandersetzung verschwinden, damit das demokratisch-parlamentarische System nicht immer weiteren Erschütterungen ausgesetzt wird. (Beifall l. Ztr.)

Abg. Drewitz (W.-P.)

meint, politische Schwierigkeiten, wie sie sich jetzt zeigten, würden dann nicht mehr eintreten, wenn sich die Parteien daran gewöhnen könnten, einen anständigen Wahlkampf zu führen (Rufe b. d. Komm.: Das sagen die Krautert). Wir stellen fest, daß die Auftragserteilung zum tatsächlichen Bau des Panzerkreuzers am 17. August ds. Js. vom gegenwärtigen Reichskabinett beschlossen wurde (Hört, hört! b. d. W.-P.). Der Redner begründet dann den Antrag seiner Partei, ein Marinebauprogramm auf lange Sicht herzustellen und bis zu seiner Vorlegung die Panzerkreuzer-Arbeiten einzustellen. Dieser Antrag wolle die dauernden Krisen bei solchen Fragen und vor allem auch vermeiden, daß eine Regierungspartei draußen im Lande unverantwortliche Agitation treiben könne.

Der Antrag der Wirtschaftspartei wolle darüber hinaus die deutsche Wehrhaftigkeit, jedenfalls in dem beschränkten Rahmen des Versailler Vertrages, bejahen. Es müsse in Deutschland endlich einmal jene vom Abg. Wels wieder verwendete Taktik aufhören, dann, wenn es sich um die Wehrhaftigkeit des Volkes handelt, immer mit der Not des Volkes zu kommen. Die Herrn Wels nahestehenden Krankenkassen gerade in Königsberg litten jedenfalls scheinbar keine Not; sonst hätten sie sich nicht eben erst ein Schloß gekauft. Von der Haltung des Hauses zu dem Antrag der Wirtschaftspartei würden seine Freunde ihre Haltung zu dem sozialdemokratischen Antrag in der Schlußabstimmung abhängig machen. (Beifall b. d. W.-P.)

Abg. Dreher (Nat.-Soz.)

bezeichnet es als skandalös, daß in einem Augenblick, wo die ganze Welt in Rüstungen starre, im Deutschen Reichstag gegen die geringen Waffenmöglichkeiten des Versailler Vertrages noch Sturm gelaufen werde. Allerdings träten hauptsächlich nur die gegen den Panzerkreuzer auf, die auf Grund ihrer Rassenzugehörigkeit ohnedies mit Pazifismus behaftet seien und die trotz zehnjähriger Erfüllungspolitik noch nicht begriffen hätten, daß niemand in der Welt an Abrüstung denke. Die Nationalsozialisten bejahten die Wehrhaftigkeit.

Abg. Dr. Wendhausen (Chr. Nat. Bauernp.)

führt aus, diese ganze Tragödie oder Tragikomödie habe nur entstehen können auf dem Boden des heutigen Systems der organisierten Verantwortungslosigkeit. Ohne Zweifel sei das Panzerschiff eine Notwendigkeit der Landesverteidigung. Die Christlich-Nationale Bauernpartei werde den sozialdemokratischen Antrag ablehnen.

Abg. Dr. Fehr (Deutsche Bauernp.)

gibt für seine Gruppe die kurze Erklärung ab, seine Freunde hätten zwar im vorigen Reichstag den Panzerkreuzer abgelehnt; durch den Reichstags- und Regierungsbeschluß sei aber eine neue Lage entstanden. Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, weil wir nicht wollen, daß bei jedem Systemwechsel die früheren Beschlüsse umgeworfen werden, stimmen wir heute gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

wird von rechts mit dem Ruf empfangen: „Zurück, Du rettest den Freund nicht mehr!" Er wendet sich zunächst gegen den von rechts erhobenen Vorwurf der politischen Unehrlichkeit (Abg. Graf Westarp (Dn.): Ihre Politik ist doch unehrlich!). Herr Graf v. Westarp, so antwortet der Redner, ein Mann, der so im Glashause sitzt wie Sie, ein Mann mit Ihrer politischen Vergangenheit sollte mit solchen Vorwürfen vorsichtiger sein.

Was zur Sache zu sagen war, hat gestern mein Parteifreund Wels gesagt (Lachen und Zurufe). Wir haben gar keinen Anlaß, von diesen Ausführungen irgend etwas zurückzunehmen. Wenn das Gerücht verbreitet wurde, wir wünschten selbst die Ablehnung unseres Antrages, so weise ich das mit aller Entschiedenheit zurück. Wir haben in jedem Stadium auf die Annahme unseres Antrages gerechnet, auf alle Konsequenzen hin, auch auf solche, die wir nicht wünschen. Dem Abg. Dr. Wirth will ich nicht auf allen Wegen seiner staatsphilologischen Auseinandersetzungen folgen. Seine Frage, wer die Verantwortung trägt, ist sehr kurz zu beantworten: Die Verantwortung trägt das vom Volk gewählte Parlament. Ich sehe darin keine Krisis des Parlamentarismus. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß ein neugewählter Reichstag die Regierung durch seinen Beschluß verpflichtet, eine andere Haltung zu einer Frage einzunehmen, als die frühere Regierung und der frühere Reichstag. Wir sind Gegner jeder Aufrüstung. Wir wollen innerhalb des Versailler Vertrages alles das tun, was in Anbetracht der bestehenden internationalen Zustände zur Sicherheit des Deutschen Reichs notwendig ist (Rufe rechts: Na also!). Aber wir binden uns nicht an die Möglichkeiten des Versailler Vertrages.

Dr. Wirth sprach von einer schwierigen Lage. Die Lage ist vielleicht außergewöhnlich, aber wir haben ja jetzt gar keine Koalitionsregierung. Ebenso wie die Sozialdemokraten ist auch das Zentrum in der Regierung vertreten. Wir Sozialdemokraten tragen also für die Regierung nicht mehr Verantwortung als das Zentrum. Solange eine Koalitionsregierung noch nicht besteht, kann ein Auseinanderstimmen der in der Regierung vertretenen Parteien nicht als Krise des Parlamentarismus bezeichnet werden. Wir wollen ebensowenig wie Dr. Wirth eine Krise, aber wir halten es für unsere Pflicht, durch unsern Antrag an den neuen Reichstag die Frage zu richten, ob er zu den Beschlüssen des alten steht oder ob er sie revidieren will. Von der Antwort wird die weitere Behandlung der Dinge abhängen. Wir gehen unsern Weg, und das einzige, was wir von Ihnen erwarten, ist, daß Sie unsere Ueberzeugung als ehrlich anerkennen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Koenen (Komm.)

bezeichnet als Ergebnis der Aussprache die Herstellung einer Einheitsfront von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten für die Aufrüstung. Die Sozialdemokraten wollten zwar das Panzerschiff ablehnen, aber ein großes Flottenprogramm bewilligen. Dr. Wirth spreche von parlamentarischer Krisis, tatsächlich handle es sich um einen schäbigen Kuhhandel. Die Kommunisten würden die Namen von Dr. Wirth und den übrigen Zentrumsleuten, die für das Panzerschiff stimmen, im Industriegebiet plakatieren. Tirpitz habe als Marine-Staatssekretär so gesprochen, daß sich die Balken bogen. Der Wehrminister Groener folge jetzt seinem Beispiel. — Präsident Löbe ruft den Redner wegen dieses Vergleichs zur Ordnung. Einen zweiten Ordnungsruf erhält Abg. Koenen wegen einer herabsetzenden Bemerkung gegen den Reichskanzler.

Abg. Joos (Ztr.)

teilt mit, daß einige Mitglieder des Zentrums sich bei der Abstimmung ursprünglich von der Mehrheit der Fraktion trennen wollten, daß diese sich aber der Fraktion nach der vom sozialdemokratischen Antrag gegebenen Begründung anschließen würden (Lebh. Hört! Hört! b. d. Soz.).

Die Abstimmungen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über die Reihenfolge der Abstimmungen wird zunächst der nationalsozialistische Aenderungsantrag zum sozialdemokratischen Antrag abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird dann der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers mit 235 gegen 205 Stimmen bei acht Stimmenthaltungen abgelehnt. Dafür haben nur die Sozialdemokraten einschließlich ihrer Minister und die Kommunisten gestimmt. Stimmenthaltung hat die Deutsche Bauernpartei geübt.

Damit ist auch der kommunistische Antrag gefallen.

Die Anträge der Wirtschaftspartei, der Demokraten und der Deutschnationalen auf Vorlegung eines Marinebauprogramms werden dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und der Christlich-Nationalen Bauernpartei in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister Groener wird in namentlicher Abstimmung mit 322 gegen 83 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen abgelehnt.

Dafür haben nur die Kommunisten und Nationalsozialisten gestimmt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die

Vereinigung von Waldeck mit Preußen.

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) protestiert gegen die Vorlage und nennt sie eine Verfassungsverletzung. Das waldeckische Volk sei nicht gefragt worden, ob es von Preußen verschluckt werden wolle. Merkwürdig sei das Schweigen der Föderalisten in der Bayerischen Volkspartei zu diesem Vorgang.

Abg. Rauch (Bayer. Vp.) weist die Ausführungen des Vorredners zurück. Bayern habe als Ordnungszelle in gutem Sinne gegolten bis zu der Operetten-Revolution im Bürgerbräu-Keller, an der Dr. Frick besonderen Anteil hatte. Von dieser Seite werde man keine Belehrungen entgegennehmen.

Als Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) in seiner Erwiderung auf die bayerischen Verhältnisse eingeht, unterbricht ihn Präsident Löbe mit den Worten: Wir beraten über den Anschluß Waldecks, nicht Bayerns an Preußen! (Heiterkeit.)

Die Anschluß-Vorlage wird dann nahezu einstimmig angenommen.

Um 7 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend, 1 Uhr.